

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) NRW & Universität Bielefeld

Professionalisierungsbedarfe bei Polizeibeamt*innen im Umgang mit Antisemitismus – Befunde einer Interviewstudie

Jana-Andrea Frommer, Sarah Jadwiga Jahn, Marc Grimm, Jakob Baier

Praxismonitoring
Praxisprojekte im Profil

Einleitung

Bereits Studien aus dem Jahr 2018 verdeutlichen, dass Jüdinnen und Juden in Europa oftmals Angst haben, sich offen als jüdisch zu zeigen. Viele von ihnen befürchten, dadurch Opfer von Gewalttaten zu werden (European Union Agency for Fundamental Rights, 2018). Seit dem Aufkommen der „Querdenker-Proteste“ während der Corona-Pandemie wird Antisemitismus auf deutschen Straßen zusätzlich hör- und sichtbarer (Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, 2020). Spätestens aber seit Beginn des Gaza-Krieges – ausgelöst durch die Massaker der Terrororganisation Hamas an Zivilist*innen in Israel am 7. Oktober 2023 – tritt Antisemitismus vermehrt in enthemmter und gewaltbereiter Form auf. So ist die Polizei als Staatsorgan aufgrund einer rapiden Radikalisierung des Antisemitismus seither zunehmend gefordert, bei Vorfällen wie antiisraelischen Demonstrationen, antisemitischen Bedrohungen (zum Beispiel durch Markieren von Gebäuden und Wohnhäusern von Jüdinnen und Juden), gewaltvollen Angriffen auf jüdische Einrichtungen und Einzelpersonen oder bei öffentlichen Veranstaltungen einzuschreiten (Bundeskriminalamt, 2024; Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, 2024). Dabei tritt Antisemitismus nicht immer offen, sondern oftmals gerade durch eine Umwegkommunikation in Form von Codes und Chiffren in Erscheinung. In diesem Kontext stellt sich die Frage, welche zentralen Wissens- und Kompetenzbedarfe Polizeibeamt*innen benötigen, um das wandelbare Phänomen Antisemitismus entsprechend erkennen und hinsichtlich Gefahrenanalyse und Strafverfolgung einordnen zu können. Das wird im Folgenden anhand ausgewählter Ergebnisse einer qualitativen Interviewstudie zu Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen näher beleuchtet (Grimm et al., 2024).

Die Studie wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundforschungsprojekts EMPATHIA3 – Empowering Police Officers and Teachers in Arguing against Antisemitism¹ durchgeführt. In der zweiten Hälfte des Jahres 2022 wurden 39

¹ EMPATHIA3 (<https://empathia3.de/>) ist Teil der Förderlinie Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus. Die Förderlinie gehört zu der Radikalisierungs- und Extremismusforschung des Rahmenprogramms für Geistes- und Sozialwissenschaften des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Beamt*innen aus diversen Einsatzbereichen² an zehn Standorten in Nordrhein-Westfalen befragt. Ziel der Untersuchung ist die Erfassung der Wahrnehmungen zu den Themenfeldern Antisemitismus und jüdisches Leben sowie den damit assoziierten Wissens- und Kompetenzbedarfen, um daraus geeignete praxisnahe Bildungsmaterialien entwickeln zu können. Aus diesem Grund wurde ein qualitativer Forschungsansatz der empirischen Sozialforschung gewählt, der es erlaubt, die hierfür relevanten Aspekte herauszuarbeiten sowie tiefer gehende Einblicke in polizeiliche Bezüge, Bedeutungen und Motivationen unterschiedlicher Einsatz- und Arbeitsbereiche zu erhalten (zum Beispiel Wach- und Wechseldienst, Staatsschutz, Extremismusbeauftragte, Objektschutz, Ständiger Stab, Bereitschaftspolizei).

Insgesamt weist die Analyse auf höchst unterschiedliche Wissensbestände sowie zum Teil grundlegende Wissenslücken bei den Befragten hin (Grimm et al., 2024). Angesichts einer zunehmenden Radikalisierung des Antisemitismus stellt dies ein Problem dar (Bundeskriminalamt, 2024). Schließlich muss Polizei gesellschaftliche Entwicklungen erkennen und einordnen können, um in der Lage zu sein, mit angemessen präventiven und repressiven Maßnahmen darauf zu reagieren. Dabei kommt Polizist*innen auch insofern eine besondere Rolle zu, da sie meist als Erste vor Ort sind und die Aufgabe haben, wo nötig, einzuschreiten und zu dokumentieren. Hinsichtlich der Dokumentation dient diese letztlich nicht nur dem Monitoring, sondern sie stellt ebenso Grundlage justizieller Entscheidungen dar, zum Beispiel bei der Strafzumessung (§ 46 II StGB) (Frommer & Jahn, 2023).

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zentrale Untersuchungsbefunde zu Wahrnehmungen und Wissensbedarfen aufgegriffen und eingeordnet (1). Dabei wird insbesondere auf die Aspekte Kontinuitäten, Gruppierungen und Symboliken von Antisemitismus (1.1), israelbezogener Antisemitismus (1.2) sowie jüdisches Leben und die Auswirkungen von Antisemitismus auf dieses (1.3) eingegangen. Abschließend werden Implikationen für die Aus- und Fortbildung der Polizei resümiert (2).

² Darunter Dienststellenleitung, Staatsschutz, Wachdienst, Bezirksdienst, Ständiger Stab, Bereitschaftspolizei, Kontaktbeam*innen für muslimische Institutionen, Opferschutz, Extremismusbeauftragte, Aus- und Fortbildungsleitung, Verkehrsdienst.

Wahrnehmungen und Wissensbedarfe zu Antisemitismus und jüdischem Leben

Auf Nachfrage nach spontanen Assoziationen zu Antisemitismus äußern die befragten Polizeibediensteten häufig ein stark vereinfachtes Verständnis von Antisemitismus, beispielsweise als „Judenhass“, „Antihaltung gegenüber Juden“, „Verunglimpfung des Judentums oder Anhänger des Judentums“ (Grimm et al., 2024, S. 30). Darüber hinaus werden im weiteren Verlauf der Gespräche selten Bezüge zum konspirativen Charakter des Antisemitismus hergestellt (ebd.).

Grundsätzlich äußern Befragte ein Interesse daran, Basiswissen über Antisemitismus zu erhalten, um überhaupt zu einem Verständnis über das Phänomen zu gelangen. Verständnisbedarfe beziehen sich zum Beispiel auf Aspekte der sozialpsychologischen Funktion des Antisemitismus sowie dessen Verbreitung. Hierzu gehöre auch ein Verständnis über Unterschiede und Relationen zu anderen Formen von Diskriminierung, wie Rassismus. Dies, so stellen zwei Befragte fest, sei im Kontext der Polizeiarbeit wichtig, um Gefahrenpotenziale für Jüdinnen und Juden beziehungsweise von Antisemitismus Betroffenen angemessen bewerten zu können. Ebenso bei der Einordnung von Straftaten durch den Staatsschutz benötige es entsprechende Wissensbestände, um eine antisemitische Tatmotivationen erkennen zu können (ebd., S. 53 f.).

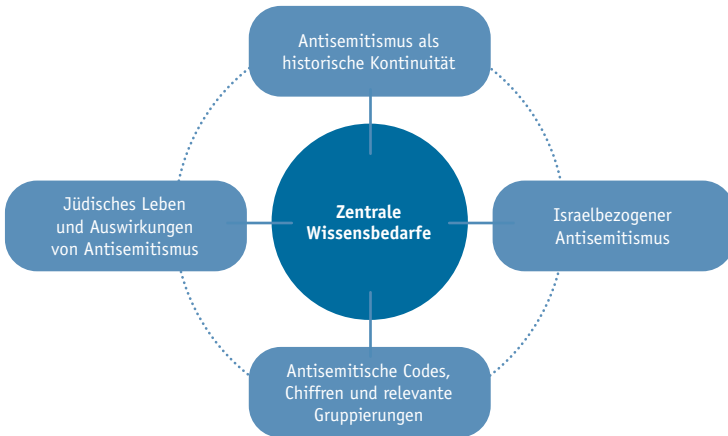


Abbildung 1: Benennung zentraler Wissensbedarfe von Polizeibeamt*innen in NRW für einen professionellen Umgang mit Antisemitismus (Grimm et al., 2024, S. 52)

Insgesamt zeigt die Analyse unterschiedliche zentrale Wissensbedarfe (Abbildung 1), die folgend in drei Unterkapiteln skizziert werden.

Antisemitische Kontinuitäten, Gruppierungen und Symboliken

Die Analyse der Gespräche macht deutlich, dass die Befragten in einigen Fällen ein verengtes Verständnis von Antisemitismus als spezifisches Phänomen des Rechtsextremismus oder historisiert auf die Zeit des Nationalsozialismus aufweisen, wie folgendes Zitat der Leitung einer Polizeiwache illustriert:

„Bei dem Wort denke ich immer an das Dritte Reich und das ist so mein erster Gedanke, den ich damit verbinde. Und natürlich auch das, was jetzt davon übrig geblieben ist bei eben bestimmten Gruppierungen, bei irgendwelchen Rechten, die quasi sich daran immer noch orientieren zum Teil“ (Grimm et al., 2024, S. 31).

Einerseits schlagen vier der Befragten eine berufspraktische Wissensvermittlung und selbstreflexive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und den Entwicklungen des Antisemitismus vor, um Kontinuitäten und gegenwärtige Erscheinungsformen zu begreifen. Das betreffe hinsichtlich der Ausbildung einer Wertehaltung und berufsethischer Fragen auch die historische Rolle der Polizei (ebd., S. 53 f.). Andererseits zeigt sich in der Gesamtanalyse, dass Antisemitismus von den Befragten selten als komplexes und historisch gewachsenes Phänomen aufgefasst wird, das in allen gesellschaftlichen Milieus auftritt. So nimmt der Großteil der Interviewten gegenwärtigen Antisemitismus als ein „deutsches Problem“ rechtsextremer Akteure wahr, auch nennen einige Befragte Personen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen in Verbindung mit Antisemitismus. Der Antisemitismus in linken oder aber sich als progressiv verestehenden Milieus wird selten benannt (ebd., 32 ff.).

Wie berufsrelevant jedoch eine Wahrnehmung und Kenntnisse über unterschiedliche Erscheinungsformen von Antisemitismus, Codes, Chiffren und Symboliken sowie Akteure für Polizeibeamt*innen auch hinsichtlich zunehmender gesellschaftlicher Radikalisierungsdynamiken sind, verdeutlichen sowohl die aktuelle Forschung zur Verbreitung von Antisemitismus im Bevölkerungsdurchschnitt (Zick et al., 2023) als auch die polizeiliche

Kriminalstatistik (Bundeskriminalamt, 2024). Bezogen auf die Erfassung politisch motivierter Kriminalität ist dabei anzumerken, dass die in der Kriminalstatistik festgeschriebenen Kategorien die gesellschaftlichen Ausprägungen des Antisemitismus bisher nur unzureichend abbilden und die Erfassung selbst vom Antisemitismusverständnis der verantwortlichen Beamt*innen abhängig scheint (Kaggl et al. 2024, S. 23 ff.) Dahingehend werden Wissensbedarfe von den Befragten im Verlauf der Gespräche teilweise selbst identifiziert und als solcher benannt, wie das Zitat einer Person des Streifendienstes verdeutlicht:

„Wenn z. B. auf Demonstrationen oder bei Fußballspielen oder in der Fußgängerzone ein Stand aufgebaut wird, dann wird es mit Sicherheit Abbildungen oder Symbole geben, die für Antisemitismus stehen oder zur Schaustellung von Antisemitismus. Also wenn es sowas gibt, könnte ich die nicht identifizieren. Also wenn das jetzt nicht klar offensichtlich ist, dass das antisemitisch ist, dann würde ich nicht erkennen. Ich glaube, ich würde dann auch keine Maßnahme treffen können. Für die Polizei wäre es relevant, frühzeitig zu erkennen, wenn offen zur Schau gestellter Judenhass oder Antisemitismus einfach geäußert wird. Wie man da einschreiten kann, wie man das vor allem unterbinden kann. Ich glaube, dass wäre auch sehr relevant, vor allem wie man das Sicherheitsgefühl der Menschen in dem Bereich stärken kann. Ich befürchte, dass ich nicht der einzige Polizist auf unserer Wache bin, der dann nicht so geschult ist oder nicht so viel Wissen hat. Und das ist nicht so gut“ (Grimm et al., 2024, S. 56).

Besonders in Bezug auf Erscheinungsformen wie den israelbezogenen Antisemitismus zeigen sich Wissenslücken und ein hoher Bedarf hinsichtlich der Kenntnisse über relevante Gruppierungen und Symboliken. Auf zentrale Studienbefunde zur polizeilichen Bedeutung dieser Erscheinungsform des Antisemitismus wird im nächsten Unterkapitel näher eingegangen.

Israelbezogener Antisemitismus

Der enorme Anstieg antisemitischer Agitation und Gewalt nach dem 7. Oktober 2023 legt das Radikalisierungspotenzial des israelbezogenen Antisemitismus offen (Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, 2024). Auch die Ergebnisse einer Meta-Studie von Öztürk

und Pickel (2023) weisen darauf hin, dass die gesamtgesellschaftliche Ausprägung des Antisemitismus nicht unterschätzt werden sollte und insbesondere der sekundäre und israelbezogene Antisemitismus gesellschaftlich weitverbreitet sind. Bezogen auf die zentralen Akteure und Dynamiken führen sie hierzu weiter aus:

*„Baut der sekundäre Antisemitismus auf die spezifische Situation im post-nationalsozialistischen Deutschland und mündet im schlechtesten Fall in einer Täter-Opfer-Umkehr, dient gerade der israelbezogene Antisemitismus als erfolgreiche Umwegkommunikation, bei der sich Antisemit*innen auf die Position zurück ziehen können, ja nur ‚Israelkritik‘ zu betreiben. Hat der sekundäre Antisemitismus eine starke Verbreitung über rechte Gruppierungen bis in die Mitte der Gesellschaft, finden sich beim israelbezogenen Antisemitismus zwei unterschiedliche Gruppen, die sich sonst eher ablehnend gegenüberstehen. Sowohl im politisch rechten Spektrum als auch unter Muslim*innen findet der israelbezogene Antisemitismus besonders viel Zuspruch“ (ebd. S. 382).*

Doch gerade in Bezug auf das Erkennen und Einordnen des israelbezogenen Antisemitismus zeigen sich beim größten Teil der in der Studie befragten Polizeibediensteten erhebliche Wissenslücken und Unsicherheiten. So wurden den Interviewten am Ende der Interviews unterschiedliche Beispiele antisemitischer Vorfälle gezeigt und nach einer Einschätzung gebeten, darunter eine Videoaufnahme einer antiisraelischen Demonstrationslage. Viele der Interviewten kommen als erste spontane Reaktion zunächst auf die Meinungsfreiheit als hohes Gut in einer demokratischen Gesellschaft zu sprechen. Auffällig bei der weiteren Bewertung des Sachverhalts ist, dass die im Video zu hörenden Parolen bei den Befragten meist entweder Verunsicherung auslösten oder ihnen eine Einordnung nicht möglich war. Zwar gab ein großer Teil an, bei einem solchen Sachverhalt durch Dokumentation sicherzustellen, dass ein Verfahren eröffnet werden könne. Sie betonten aber auch die Notwendigkeit, mehr Wissen über häufig auftretende Parolen zu erhalten (Grimm et al., 2024, S. 38 f.) So plädiert auch die Leitung einer Polizeiwache im Kontext des Beispiels der Demonstrationslage für die Vermittlung relevanter Wissensbestände zum Nahostkonflikt:

„Und das ist viel greifbarer, wenn ich dann Rechte marschieren sehe, die so eine Hakenkreuzfahne schwenken oder den Arm hochheben. Da kann ja jeder etwas mit anfangen. Jeder weiß dann gleich: Ah, das sind die, die gar nicht gehen. Und das finde ich bei dieser Variante so viel schwieriger. Ich glaube, das ist ja auch viel komplexer, das[.] jetzt politisch zu erklären, was da alles in Palästina und im Gazastreifen los ist. Das geht ja auch zurück in weiß ich nicht was. Diese ganzen Konflikte und wer da jetzt sich von wem. Die einen sagen: ‚Ja die Israelis haben das hier und die Palästinenser sollen jetzt hier weg, damit die hier ihren Staat machen können.‘ Und umgekehrt melden die ihr Recht an und sagen, das ist aber doch auch richtig so vielleicht, dass die Juden auch einen eigenen Staat bekommen. Wahrscheinlich sagen Sie: Oh Gott, sie haben ja überhaupt gar keine Ahnung. Aber das ist meine Schwierigkeit, dass ich das gar nicht einschätzen kann. Und ich glaube, dass es vielen so geht und dass es einfacher wäre, wenn man da ein Grundverständnis hätte“ (ebd. S. 55).

Um Antisemitismus einzuordnen und präventive Maßnahmen zu ergreifen, sei es aus Sicht mehrerer Personen, unter anderem aus dem Bereich Staatsschutz sowie Kontaktbeamt*innen für muslimische Institutionen, erforderlich, mehr Wissen über die Geschichte Israels und die Konflikte der Region zu erhalten. Neben Wissen zur Entstehungsgeschichte des Staates Israel sowie den einschlägigen Symbolen und Chiffren, benötige es zudem auch die Vermittlung der Kompetenz, zwischen Kritik an israelischer Politik und israelbezogenem Antisemitismus unterscheiden zu können (ebd., S. 54 f.).

Jüdisches Leben und Auswirkungen von Antisemitismus

Noch vor der Frage nach Assoziationen zu Antisemitismus wurden die Interviewten nach ihren Assoziationen zu jüdischem Leben gefragt. Dabei zeigt sich in den Aussagen, dass dieses kaum bis gar nicht wahrgenommen wird: „Mein erster Gedanke ist: kaum sichtbar“ (Grimm et al., 2024, S. 24). Oder aber, dass die Existenz jüdischen Lebens auf die Zeit des Nationalsozialismus reduziert wird: „Ich muss nur zugeben, dass ich äußerst wenig Berührungspunkte mit jüdischen Leben in Deutschland hatte. Also ich beziehe es wirklich nur auf den Zweiten Weltkrieg“ (ebd. S. 27). Wenn überhaupt Bezüge zu gegenwärtigem jüdischen Leben in den Interviews

genannt werden, dann beziehen sich diese vor allem auf die polizeiliche Aufgabe des Objektschutzes vor Synagogen:

„Den Hintergrund als solches – wenn er nicht gerade durch die Schule oder sonst darüber mal informiert wurde oder sich damit auseinandergesetzt hat – wird ihm nicht mitgeteilt. Sondern sie bekommen als Polizeibeamte die Anweisung: Sie stellen sich hin und haben das zu machen. Dann wird es eben gemacht“ (ebd. S. 26).

Um sowohl jüdisches Leben zu schützen als auch das Vertrauen von Jüdinnen und Juden in die Arbeit der Polizei zu stärken, benötigen Polizeibeamt*innen fundiertes Wissen und ein Verständnis, allerdings nicht nur über Antisemitismus und seine Erscheinungsformen, sondern auch über jüdisches Leben (Frommer & Jahn, 2023). Dies betrifft zum einen das Verständnis darüber, dass Antisemitismus keine Reaktion auf das reale Verhalten von Jüdinnen und Juden darstellt. So handelt es sich bei Antisemitismus nicht nur um ein Vorurteil, sondern um ein Weltbild mit projektivem Charakter, das sich in erster Linie gegen Jüdinnen und Juden richtet (Deutscher Bundestag, 2023; Rensmann, 2022). Zum anderen reflektieren einige Befragte im Gesprächsverlauf und auf Nachfrage, dass es konkrete Wissensbestände über Judentum, wie zum Beispiel Feiertage, benötige, um Gefahrenlagen einschätzen und Sicherheit gewährleisten zu können. Das betreffe unter anderem den alltäglichen Schutz vor Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen sowie das Verhindern von Anschlägen. Wie wichtig Grundkenntnisse über jüdische Traditionen und Geschichte sind, verdeutlichen, laut einer Person aus dem Bereich Staatsschutz, auch Beispiele wie das Attentat auf eine Synagoge in Halle (Saale) am hohen jüdischen Feiertag Jom Kippur am 9. Oktober 2019 (Grimm et al., 2024, S. 58). Unterschiedliche Befragte äußern den Wunsch nach mehr persönlichen Begegnungen oder Kontakten zu Jüdinnen und Juden und lokalen jüdischen Einrichtungen, um sowohl Belange als auch um Räumlichkeiten und Abläufe in potenziell gefährdeten Einrichtungen zu kennen (ebd., S. 28). Dies betreffe nicht nur die Prävention von Anschlägen und Übergriffen, sondern auch einen polizeilich adäquaten Umgang mit Betroffenen (ebd., S. 59 f.). Jedoch fehle es nach Aussage einer weiteren Person aus dem Bereich Staatsschutz sowohl in polizeilichen Seminaren zu interkultureller Kompetenz als auch bei der Vermittlung von Wissen über Antisemitismus an einer Einbeziehung von Judentum und jüdischen

Perspektiven. Dieselbe Person reflektiert ihr wenig Wissen über jüdisches Leben, trotz einer Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus bereits lange Zeit vor Eintritt in den Polizeidienst, wie folgt:

„Allein daher kommt natürlich schon, dass ich mich mit Antisemitismus schon vor der Polizei relativ viel auseinandergesetzt habe. Was jetzt wieder so ein bisschen dem widerspricht oder insofern witzig ist, weil ich im Allgemeinen sage, dass ich nicht viel über das Judentum weiß. Das ist schon komisch, wenn man sich mit Antisemitismus beschäftigt, aber man weiß nicht richtig, wogegen er sich genau richtet. Es ist mir im Nachhinein wirklich erstaunlich“ (ebd. S. 58).

Der Umstand, dass Jüdinnen und Juden äußerlich häufig nicht durch Kleidung und Symbole als solche erkennbar sind, wird dabei von einigen der Befragten als besondere Herausforderung hinsichtlich ihres Schutzes wahrgenommen (ebd., S. 25). Tatsächlich begreift sich die Mehrheit der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden als säkular mit nur teilweise traditionellen Bezugspunkten (Branković & Kranz, 2022, 152 ff.). Eine leitende Person der Bereitschaftspolizei weist darauf hin, dass fehlendes Wissen über jüdisches Leben und die damit verbundene Bedrohung sowie eine stereotypisierende Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden oder aber die Vorstellung, dass lediglich Jüdinnen und Juden, die anhand ihres Erscheinungsbildes erkennbar sind, von Antisemitismus betroffen sein könnten, zu polizeilichen Fehlentscheidungen führen können:

„Die Kollegen wissen, sie sehen vor sich einen Menschen, der visuell keinerlei, ich nenne das jetzt mal, Migrationshintergrund hat. Und die wissen nichts darüber. Die haben im höchsten Fall das Thema orthodoxes Judentum vielleicht mal in der Tagesschau, an der Klage-mauer ein kurzes Bild, gesehen. Aber ansonsten keinerlei Hintergrundwissen dazu. Da, behaupte ich, können die wenig anfangen mit dem Sachverhalt. Und wenn die damit wenig anfangen können, dann ist die Chance relativ groß, dass sie ggf. nicht die richtigen Entscheidungen treffen und die richtigen Dinge zurückmelden. Es könnte ein Verhalten sein, was emotional und dann auch mit der entsprechenden Wirkung vielleicht in der jüdischen Gemeinde, vielleicht in anderen politischen Kategorien, Folgewirkung hat. Also es sollte zumindest so viel Wissen da sein, dass der Kollege, der da

angesprochen wird, sensibel ist und sagt: ‚Stimmt, da war irgend-etwas.‘ Also erstens: das könnte tatsächlich so sein, dass der [als jüdisch, Anm. d. Verf.] wahrgenommen wird, völlig egal, ob er es jetzt ist oder nicht. Zweitens, könnten dort strafbare Hintergründe sein. Und drittens: all die Prozesse, die ich gerade jetzt skizziert habe, die könnten am nächsten Tag eintreten. Also dieses Grundwissen müsste da sein“ (Grimm et al., 2024, S. 50).

Die Ergebnisse der Studie zeigen nicht nur Wissenslücken und -bedarfe bei Polizeibeamt*innen zum Themenfeld Antisemitismus und seinen gegenwärtigen Erscheinungsformen, sondern auch zu jüdischem Leben, seiner Vielfältigkeit sowie zu den Auswirkungen des Antisemitismus auf Jüdinnen und Juden. Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen auch Studien zu anderen institutionellen Kontexten, beispielsweise über Lehrkräfte in Schulen (Bernstein, 2018) oder zur Darstellung von jüdischer Kultur, Geschichte und Religion in Schulbüchern (Sadowski, 2023, S. 450). Das heißt, angehende Polizist*innen haben, wie andere Schulabgänger*innen in Deutschland auch, in der Regel nur unzureichendes Wissen und wenig Verständnis über Antisemitismus und jüdisches Leben. Dieser Missstand wurde bereits 2021 in einer gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule aufgegriffen (Kultusministerkonferenz, 2021). Bezogen auf die Aus- und Fortbildung der Polizei, zeigt sich auch hierbei eine Problemstellung bei der Professionalisierung. So stellen zwei Interviewte fest, dass ihr Wissen über Antisemitismus vor allem auf die Schulzeit zurückgehe und eine Erweiterung und vertiefte Auseinandersetzung, aufgrund fehlender polizeiinstitutioneller Bildungsangebote, oftmals auf die persönliche Eigeninitiative von Polizeibeamt*innen zurückgehe (Grimm et al., 2024, S. 49). Ausgehend von diesen Erkenntnissen und Bezügen zur schulischen Bildung, werden abschließend einige übergeordnete Implikationen für die polizeiliche Aus- und Fortbildung benannt.

Resümee: Implikationen für die Aus- und Fortbildung der Polizei

Der erhebliche Anstieg radikalisierter und insbesondere moderner Erscheinungsformen des Antisemitismus führt zu der Frage, welches Wissen und welche Kompetenzen Polizeibeamt*innen brauchen, um den damit verbundenen Herausforderungen professionell begegnen zu können. Das betrifft in erster Linie den Schutz jüdischen Lebens, aber auch der Demokratie als Ganzes angesichts einer Vielzahl gesellschaftlicher Konfliktfelder. Schließlich sind Polizist*innen sowohl maßgeblich mit der Umsetzung von Maßnahmen hinsichtlich Prävention und Repression betraut als auch selbst in gesellschaftliche Entwicklungen eingebunden. Vor diesem Hintergrund zeigen die dargestellten zentralen Befunde der Studie notwendige Wissens- und Kompetenzbedarfe auf. Dazu zählen ein Grundverständnis über das Phänomen, Wissensbestände zu historischen und gegenwärtigen Erscheinungsformen und Ausprägungen des Antisemitismus, einschließlich relevanter Symboliken, Chiffren und Gruppierungen, sowie ein Verständnis über die Vielfalt jüdischen Lebens und Betroffenenperspektiven.

Die von den Befragten formulierten Wissens- und Kompetenzbedarfe zeigen deutlich, dass Antisemitismus und jüdisches Leben nicht losgelöst von polizeilichen Einsatz- und Handlungsfeldern vermittelt werden sollten (zum Beispiel Monitoring, Objektschutz, Großveranstaltungen oder Schwerekriminalität), sondern praxisrelevant als notwendiges Professionswissen (Grimm et al., 2024, S. 69). Eine Person aus dem Bereich Staatsschutz betont, wie bedeutsam fundiertes Wissen ist, um beispielsweise Tatmotivationen und den Hintergrund von Maßnahmen, wie unter anderem den Objektschutz jüdischer Einrichtungen, zu verstehen:

„I: Was glauben Sie denn, was benötigt man in der Berufspraxis, um gut beurteilen zu können, ob es sich um ein antisemitisches Tatmotiv handelt?“

B: Am besten das Backgroundwissen, was nicht vermittelt wird. Auch in der Theorie. Dieser theoretische Aspekt, dass man sich mit Antisemitismus auseinandersetzt, findet nicht statt. Und deshalb ist das dann später in der Beurteilung recht schwierig“ (ebd. S. 49).

Die Ausführungen legen eine curriculare Integration als Querschnittsthema in die Aus- und Fortbildung der Polizei nahe. Dies ist bislang eher unüblich: wenn die Themen überhaupt behandelt werden, dann optional und losgelöst von Polizeiarbeit und -alltag, sodass sie eher als exotisch und weniger relevant wahrgenommen werden (Jahn & Peters, 2024). Um zu sensibilisieren und Wissen nachhaltig für die verschiedensten Einsatzlagen im Alltag anwendbar zu vermitteln, bedarf es eines berufsbezogenen und handlungsorientierten Transfers fundierter Wissensbestände über das dynamische Phänomen Antisemitismus sowie die Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens in den Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Polizei (Frommer & Jahn, 2023; Jahn & Frommer, 2024; Kopke & Salzborn, 2023; Schubert, 2022). Darüber hinaus werden Bildungszugänge benötigt, die bei den Polizeibeamt*innen selbst ansetzen und eine selbstreflexive Auseinandersetzung ermöglichen, um den Umgang mit Ambiguitäten sowie eine rational geleitete Entscheidungsfindung zu stärken (Frommer, 2024). Erst durch das reflektierte Einordnen eigener, beruflicher und gesellschaftlicher Bezüge in der Wahrnehmung von Antisemitismus und jüdischem Leben sowie dem Erkennen von Motiven, Strukturen und Inhalten und den daraus folgenden Handlungsmöglichkeiten, kann die Organisation Polizei und ihre Polizist*innen resilient mit demokratiefeindlichen Entwicklungen umgehen.

Literatur

- Bernstein, J. (2018). „Mach mal keine Judenaktion!“ Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus – Im Rahmen des Programms „Forschung für die Praxis“. Frankfurt University of Applied Sciences. <https://archive.jpr.org.uk/object-1438>
- Branković, C. & Kranz, D. (2022). Mehr als Antisemitismus und Exotenzirkus. *APuZ Schriftenreihe Band 10799*, 151-161. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ-Edition_JLID_ba_o.pdf
- Bundeskriminalamt (2024). Politisch motivierte Kriminalität – Bundesweite Fallzahlen 2023. <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html>
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Monitoring. *Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie*. https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (2024). *Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023*. <https://report-antisemitism.de/annuals/>
- Deutscher Bundestag (2023). Klein: *Antisemitismus bedroht Demokratie als Ganzes*. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-929836>
- European Union Agency for Fundamental Rights (2018). *Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus, Zweite Erhebung zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden und Jüdinnen in der EU*. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey-summary_de.pdf
- Frommer, J.-A. (2024, im Druck). Empathie als Schlüsselkompetenz der Antisemitismusprävention in der ethisch-politischen Bildung der Polizei. In S. J. Jahn & J.-A. Frommer (Hrsg.), *Antisemitismusprävention durch ethisch-politische Bildung der Polizei. Perspektiven von Polizei, Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf den Schutz jüdischen Lebens und Demokratie*. Springer VS.
- Frommer, J.-A., Jahn, S. J. (2023). Das Problem heißt „Antisemitismus“. Herausforderungen für die Polizeiarbeit und Polizeibildung. *Kriminalistik* 1, 36-42. (Zweitveröffentlichung in SIAK-Journal 4, 91-103. https://doi.org/10.7396/2023_4_G)
- Grimm, M., Jahn, S. J., Frommer, J.-A. & Baier, J. (2024). *Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei. Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen*. EMPATHIA³ WORKING PAPER SERIES No.1. <https://doi.org/10.46586/E3.300>
- Jahn, S. J., Frommer & J.-A. (Hrsg.) (2024, im Druck): *Antisemitismusprävention durch ethisch-politische Bildung der Polizei. Perspektiven von Polizei, Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf den Schutz jüdischen Lebens und Demokratie*. Springer VS.
- Jahn, S. J. & Peters, A. (2024, im Druck): „Antisemitismus“ als Gegenstand polizeilicher Lehre? Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse von Dokumenten und Interviews. In S. J. Jahn & J.-A. Frommer (Hrsg.), *Antisemitismusprävention durch ethisch-politische Bildung der Polizei. Perspektiven von Polizei, Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf den Schutz jüdischen Lebens und Demokratie*. Springer VS.
- Kaggl, C., Loy, B., Poensgen, D. & Steinitz, B. (2024). Antisemitische Straftaten dokumentieren: Leerstellen, Herausforderungen und Grenzen polizeilicher Statistiken. In L. Giesel & J. Borchert (Hrsg.), *Der Rechtsstaat im Kampf gegen Antisemitismus. Perspektiven auf Polizei, Justiz und Strafvollzug* (S. 21-31). Beltz Juventa.
- Kopke, C. & Salzborn, S. (Hrsg.) (2023). *Antisemitismus und Polizei: Das Beispiel Berlin*. Verlag für Polizeiwissenschaften.

Kultusministerkonferenz (2021). *Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule*. https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschlusse/2021/2021_06_10-Gemeinsame_Empfehlung-Antisemitismus.pdf

Öztürk, P. & Pickel, G. (2023). Antisemitismus unter Muslim:innen: Ein Problemfeld potentieller Radikalisierung oder nur ein Instrument rechter Akteure? In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. M. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 351-397). Springer VS.

Rensmann, L. (2022). Das Phantasma der Weltverschwörung: Konspirationsmythen und Antisemitismus in Zeiten von globaler Demokratie und Coronakrise. In J. Bernstein, M. Grimm & S. Müller (Hrsg.), *Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln* (S. 105-129). Wochenschau Verlag.

Sadowski, D. (2023). Zusammenfassung. In Georg-Eckert-Institut-Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung (Hrsg.), *Darstellung der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion in Schulbüchern des Landes Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht* (S. 434-462). <https://www.schulministerium.nrw/antisemitismus-abschlussbericht-gei>

Schubert, K. E. (Hrsg.) (2022). *Gesellschaftliche Spaltungstendenzen als Herausforderung. Beiträge zur Theorie und Praxis zeitgemäßer politischer Bildung für die und in der Polizei*. Verlag für Polizeiwissenschaften.

Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte, Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

